

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481,  
Tel.-Adr.: Roffahne Berlin. Berl.: Verein. Zeitungsverlags GmbH,  
Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 978.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inserat“, Allgemeine Inseraten-  
Expeditiön G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1  
Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis voranszahlend pro Woche 60 Pf., monatlich 2,60 M., einjährig  
Erläuterung in Berlin u. Orten m. eia. Postbez. Postbezugs auswärts Post-  
geld 2,60 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; u. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12sp. Millimeterzeile 35 Pf.; die 8sp. Zeit-  
millimeterzeile 2,50 M., Arbeiterorgan. u. Familienanz.: Millimeter, 20 Pf.  
Reine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberchrift 30 Pf., Arbeitmarkt: Wort 5 Pf.

## An alle deutschen Arbeiter!

Das Zentralkomitee der KPD. und das Reichskomitee der KGD. an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, an alle Mitglieder der AÖGB.-Gewerkschaften und an alle sozialdemokratischen Arbeiter!

### Proletarier, Klassenbrüder!

Ein neuer Lohnabbau steht dem deutschen Proletariat nach den Wahlen bevor. Sechs bis sieben Millionen Arbeiter stehen vor Tarifkündigungen. Millionen Erwerbslosen droht ein neuer Abbau ihrer Hungerunterstützung.

Elend, Hunger und Not der Millionen kommunistischer, sozialdemokratischer, christlicher und parteiloser Arbeiter, gewerkschaftlich organisierter und unorganisierter, ist unerträglich geworden.

Es gibt in Deutschland keine Partei und keine Gewerkschaft, die es wagen könnte, das jurchbare Wachstum von Not, Hunger und Elend zu leugnen.

Würde die deutsche Arbeiterschaft auch diesen jetzt bevorstehenden Vorstoß der Unternehmer und ihrer Regierung kampflos hinnehmen, dann würden weitere brutale Angriffe des Unternehmertums folgen, dann wird der faschistische Terror der Bourgeoisie noch brutālere Formen annehmen.

Wie lange noch will das deutsche Proletariat die Unternehmerangriffe, die arbeiterfeindliche Politik der Brüning-Hindenburg-Severing-Regierungen, den Terror der faschistischen Bänder dulden?

Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter haben die Arbeiter und Angestellten ständig gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau zum Kampf gerufen.

Wir haben ununterbrochen den Kampf gegen kapitalistische Rationalisierung und gegen die Notverordnungen geführt. Wir haben die Berliner Metallarbeiter, die Kampfs an der Ruhr, die See- und Hafenarbeiter an der Wasserfront, die Bauarbeiter und die Landarbeiter zum Kampf gegen den Lohnabbau organisiert. Wir haben den rückwärtslosen Kampf gegen das Streikbrechertum der Nazis in den Betrieben geführt und die wehrhafte Abwehr gegen den Naziterror organisiert. Es ist uns bis jetzt nicht gelungen in diesen Kämpfen die Offensive der Unternehmer entscheidend zurückzuschlagen. Die Führer der AÖGB- und christlichen Gewerkschaften haben sich jedesmal gegen die kämpfenden Arbeiter gewandt.

Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter haben die Arbeiter und Angestellten ständig gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau zum Kampf gerufen.

Wir haben ununterbrochen den Kampf gegen kapitalistische Rationalisierung und gegen die Notverordnungen geführt. Wir haben die Berliner Metallarbeiter, die Kampfs an der Ruhr, die See- und Hafenarbeiter an der Wasserfront, die Bauarbeiter und die Landarbeiter zum Kampf gegen den Lohnabbau organisiert. Wir haben den rückwärtslosen Kampf gegen das Streikbrechertum der Nazis in den Betrieben geführt und die wehrhafte Abwehr gegen den Naziterror organisiert. Es ist uns bis jetzt nicht gelungen in diesen Kämpfen die Offensive der Unternehmer entscheidend zurückzuschlagen. Die Führer der AÖGB- und christlichen Gewerkschaften haben sich jedesmal gegen die kämpfenden Arbeiter gewandt.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Ihr müßt und könnt euch erfolgreich gegen die Unternehmer wehren

Unsere Klassenbrüder in Polen und Tschechoslowakei, in Frankreich, Amerika und England, sogar in dem kleinen Bulgarien und Holland, haben bewiesen, daß

auch in der schärfsten Krise Massenkämpfe geführt werden können. In diesen Ländern ist es in einer ganzen Reihe von Fällen in der letzten Zeit den kämpfenden Arbeitern gelungen, ihre Forderungen durchzusetzen oder wenigstens die Vorstöße der Unternehmer zurückzuschlagen.

Jetzt haben die tschechischen Bergarbeiter nach heroischem Kampf den Lohnabbau und die Massenkündigungen erfolgreich zurückgeschlagen.

Und was ist bei uns in Deutschland?

In allen Betrieben greift der Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen an, die Forderungen werden herabgesetzt, der Lohn durch Kurzarbeit weiter verkürzt, die Löhne der Frauen und Jugendlichen besonders tief gesenkt, die sozialen Zulagen abgebaut, der Urlaub verkürzt, der Arbeiterschutz abgebaut, das Arbeitstempo durch Rationalisierungsmaßnahmen verschärft und

immer neue Massenkündigungen durchgeführt. Mit dem Abbau der Lohn- und Manteltarife droht ein neuer allseitiger Angriff in allen Betrieben; mit der „Reform“ der Erwerbslosen- und Sozialversicherung wollen Staat und Unternehmer die Unterführungen und Sozialrenten wieder kassieren.

Diese Angriffe der Kapitalisten treffen gleicherweise alle Arbeiter, ob in den freien, christlichen, roten Gewerkschaften oder in der KGD. erfasst, ob unorganisiert, ob sozialdemokratisch, christlich, kommunistisch oder politisch unorganisiert.

Diese gemeinsame Not gebietet gemeinsamen Kampf aller Arbeiter

Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter schlagen euch vor, gemeinsam mit uns den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau aufzunehmen. Schließt mit uns die gemeinsame Kampffront gegen die Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen die faschistischen Bänder.

Die Führer der SPD. und der AÖGB.-Gewerkschaften erklärten vor den Wahlen, daß sie den neuen Lohn- und Unterstützungsabbau nicht zulassen werden.

Die Führer der Sozialdemokratie und des AÖGB. waren es aber, die auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress im Jahre 1928 die kapitalistische Rationalisierung begrüßten und ihre Durchführung mit allen Mitteln unterstützten.

Die Führer der Sozialdemokratie und des AÖGB. sind es, die im Reichstage für alle Notverordnungen, für den Lohn-, Unterstützungs- und Sozialabbau gegen die Arbeiter und Arbeitslosen gestimmt haben.

Die Führer der Sozialdemokratie und des AÖGB. sind es, die gemeinsam mit den Brüning'schen Regierungsparteien durch den Preisabbauschwindel die Arbeitermassen bei der vierten Notverordnung betrogen haben.

Die Führer der Sozialdemokratie und des AÖGB. sind es, die jetzt durch die Beschlüsse ihres „Krisenkongresses“ unter der betrügerischen Parole der „Arbeitsbeschaffung“ die Gewerkschaften für die Groener'sche Arbeitsdienstpflicht einsehen wollen, die besonders die jugendlichen Arbeiter in die militärische Zwangsjacke des Arbeitsdienstes pressen soll.

Wir Kommunisten sagen euch:

Die Ankündigung der Führer der Sozialdemokratie und des AÖGB. über Kampfmaßnahmen gegen den neuen Lohn- und Unterstützungsabbau war nur ein Wahlmanöver.

Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter wenden uns an euch, sozialdemokratische Arbeiter und Mitglieder der AÖGB.-Gewerkschaften: Ihr müßt in eurem eigensten Interesse diese Pläne durchkreuzen und die Organisation des Kampfes gegen neuen Lohn- und Unterstützungsabbau in die eigenen Hände nehmen. Alle Klassenbewußten Betriebsräte und Funktionäre, alle christlichen Mitglieder der Ortsverwaltungen und Zahlstellen des AÖGB. fordern wir auf, mit uns zusammen den gemeinsamen Kampf der Belegschaften gegen den Lohnabbau zu organisieren.

Wir Kommunisten und Mitglieder der KGD. und der roten Gewerkschaften wollen alle Kampfmaßnahmen ergreifen. Wir erklären:

Vereinigt euch mit uns und kämpft gegen die kapitalistischen Räuber und gegen die immer frecher auftretenden faschistischen Bänder. Wenn wir die

Einheitsfront des Kampfes bilden, dann wird der Angriff auf die Löhne und Unterstützungen an der Kraft der deutschen Arbeiterklasse gescheitern.

Berlin, 25. April 1932.

Kommunistische Partei Deutschlands  
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition  
Deutschlands

### Zum Wahlausgang

Der Ausgang der Preußenwahlen und der Wahlen in den Ländern ist ein Spiegelbild der verschärften Krise und der Zuspitzung des Klassenkampfes in Deutschland. Die traditionellen bürgerlichen Parteien sind über Nacht in klägliche Spitzparteiern verwandelt worden, mit Ausnahme des Zentrums und der stark geschwächten Deutschen Nationalen. Die Kapitalistenklasse verstärkt ihren faschistischen Angriff gegen das Proletariat.

Der Wahlausgang zeigt das Fortdauern der national-faschistischen Welle in Deutschland, die der Hitlerpartei zugute kommt. Die Schichten des kleinbürgerlichen Mittelstandes, der Angestellten, Beamten und Bauern, die unter der kapitalistischen Wirtschaftskrise und ihrer Verschärfung durch das Verfallersystem leiden, erkennen noch nicht das kapitalistische System als die Ursache ihres Elends und Ruins. Sie glauben vielfach, daß ihre Not allein eine Folge der Politik von Versailles und Young sei. Ihre Stimmabgabe für die Nazi-partei soll angeblich eine Demonstration gegen das regierende „System“ sein, das viele Young-Erillungs-politik durchgeführt hat. Die KPD hat — obwohl Hitler sich ebenfalls offen für die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen an das ausländische Finanzkapital erklärt hat — auch in den letzten Wahlgängen wieder als die größte Terror- und Propagandaorganisation der deutschen Bourgeoisie für die reaktionäre Zerschlagung der radikalisierten Kleinbürgermassen und gewisser Teile der Erwerbslosen (hauptsächlich aus Angestelltenkreisen) gearbeitet.

Es gelang der Hitlerpartei insbesondere dadurch, mehr als acht Millionen Stimmen zu gewinnen. Diese Stimmen sind von den betrogenen Wählermassen keineswegs für die kapitalistischen Ziele Hitlers, die er hinter einer verschwommenen „ideologischen“ Propaganda verbarg, abgegeben worden. Während Prinzen, Generale, Großindustrielle, abgetaktete Offiziere und eine bestimmte begüterte Schicht der Kleinbourgeoisie den Kern der Hitlerpartei bilden, sind unter ihren Wählern Millionen, die längst jeden Glauben an die alten bürgerlichen Parteien verloren haben, jetzt antikapitalistisch abzustimmen glauben, und noch nicht die reaktionäre Zerschlagung durch die KPD erkannt haben.

Bei der Zentrums-partei zeigt sich, daß die ständige Dedung durch die Sozialdemokratie dieser Partei Brüning's, der führenden Partei der Notverordnungs-diktatur, noch zu einem Stimmengewinn verhalf. Die Politik der Sozialdemokratie, der Verwischung der Klassenfronten bei der Hindenburgwahl, die die Arbeiterschaft verwirren sollte, hat auch die Zentrums-partei gestärkt.

Die in Deutschland dikrierenden Gruppen des Finanzkapitals heften in der KPD, einerseits eine faschistische, „sozialistisch“ aufgetaktete Kampforganisation. Andererseits hatten sie bei den Präsidentschaftswahlen durch geschickte Manöver und mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Hauptkräfte die größte Zahl der Wähler für Hindenburg mobilisiert. Die unmittelbare Auseinanderfolge von Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen war ein großartiges Manöver gegen unsere kommunistische Kampffront. Der Ausgang der objektiven Präsidentschaftswahlen sollte die danach folgenden Parlamentswahlen ungünstig beeinflussen. Das Scheitern der KPD, das 10 Tage vor der Wahl erfolgte und die beste Wahlpropaganda der Groener-Severing sowohl für die Hitlerpartei, als auch für die SPD, darstellte, sollte eine Wahlkloppel gegen die einzige antikapitalistische und antifaschistische Freiheitspartei, die KPD, werden. Das papierne Verbot von Hitlers Manövern sollte bei den Arbeiterwählern den Eindruck erwecken, daß die Regierung Brüning-Groener doch einen Kampf gegen den Hitlerfaschismus führe.

Durch alle diese Manöver veruchte die Bourgeoisie, Zerschlagung in die Reihen der revolutionären Arbeiterwähler zu tragen, gleichzeitig, unter ihnen nach dem Ausgang der Präsidentschaftswahlen eine Wahlmüdigkeit hervorzurufen. Diese Manöver des kapitalistischen Klassenfeindes, mit Hilfe der SPD durchgeführt, halfen der Sozialdemokratie, einen noch stärkeren Stimmenerlust zu verhindern. Trotzdem hat die SPD. gegenüber dem 20. Mai 1928 etwa 800 000 Stimmen verloren, gegenüber den Septemberwahlen 1930 etwa 300 000.

Die kommunistische Partei holte in Preußen gegenüber dem zweiten Wahlgang zwar 350 000 Stimmen auf und erzielt fast 600 000 Stimmen mehr als am 20. Mai 1928, aber sie